

Strengere Sanktionen für Schweizer Unternehmen machen die Welt nicht automatisch besser

*Peter Fischer, Fischer Reinach AG,
Verwaltungsratspräsident*

Die Initianten der Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) möchten, dass Schweizer Unternehmen umfangreichen Sorgfaltsprüfungspflichten für Geschäfte im Ausland unterliegen und direkt für Tochtergesellschaften und ihre Lieferanten im Ausland haften.

Würde ein Ja die Lage in ärmeren Ländern wirklich verbessern? Würden wegen der Schweizer Gesetze, Smartphones, Kaffee, Schokolade, Früchte, Getränke, etc. fairer hergestellt werden? Oder dient ein Ja vor allem dazu, das eigene Gewissen zu beruhigen? Das Ziel der Initiative ist gut und unumstritten, die Anliegen total berechtigt. Die Mittel indes sind es nicht. Wichtig sind nämlich nicht die Absichten, sondern die tatsächlichen Auswirkungen. Kinderarbeit beispielsweise ist ein Resultat von extremer Armut. Und Vorschriften wie sie die UVI vorsieht, könnten schlimmstenfalls Investitio-

nen und Handel in gerade den Ländern gefährden, die am meisten darauf angewiesen sind.

Bei einer Annahme der Initiative wird der bürokratische Aufwand für Schweizer Unternehmen einmal mehr erhöht und die Wirkung im Ziel verpufft, wie so oft. Zudem wird die Wettbewerbsfähigkeit des Werkplatzes Schweiz erneut geschwächt. Bei einem «Nein» tritt automatisch der bessere und durchdachtere Gegenvorschlag in Kraft.

Wer aber effektiv einen Beitrag leisten will, müsste bei sich selber beginnen und den eigenen Konsum bewusster hinterfragen. Muss es immer das neuste und vor allem billigste aus dem Grosshandel sein? Früchte und Gemüse aus aller Welt und zu jeder Jahreszeit? Es ist bedeutend mühsamer, bei sich selber als Konsument die ethischen Standards einzufordern, als einfach ein Kreuzchen auf dem Abstimmungszettel zu setzen.